

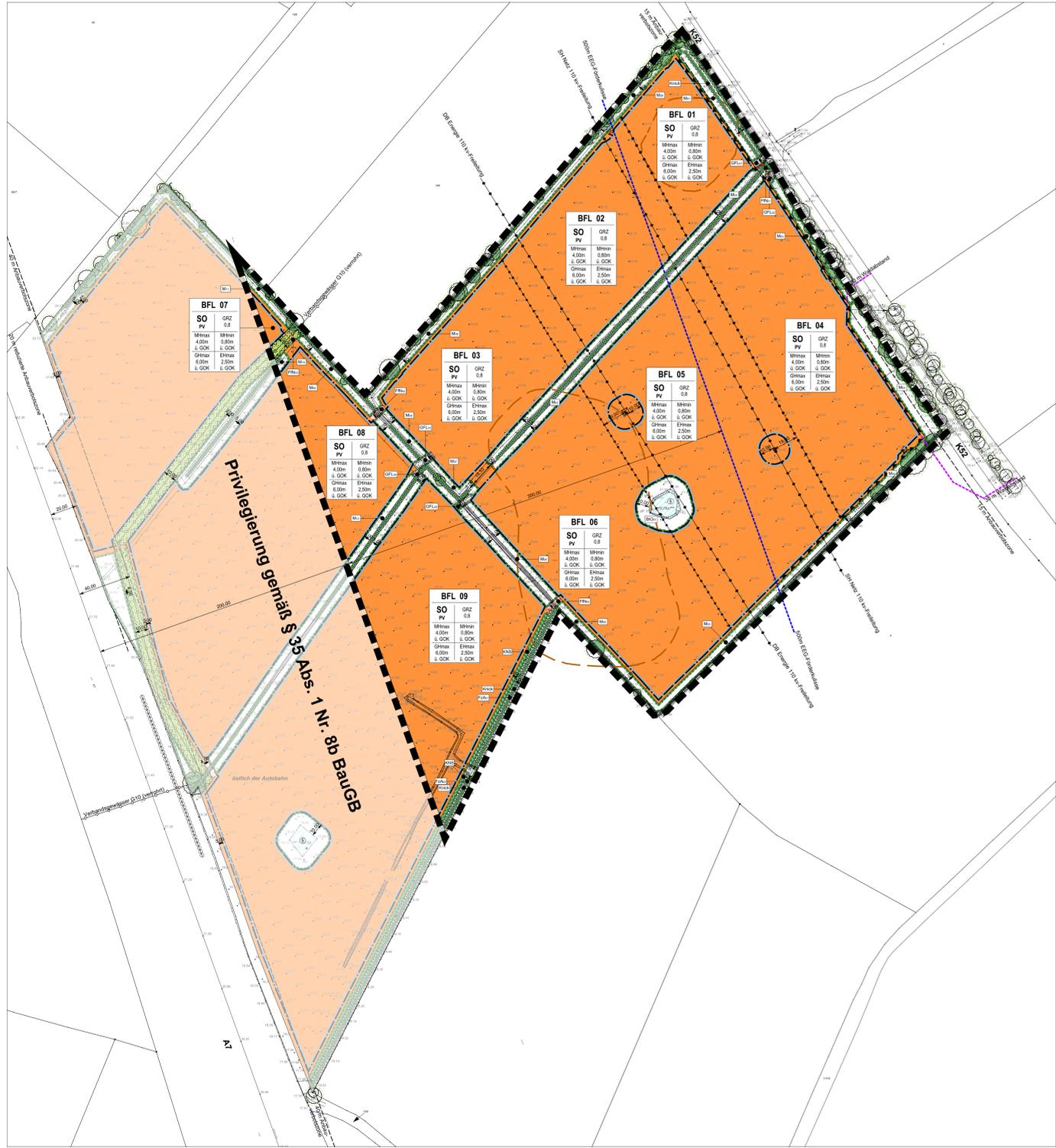
Satzung der Gemeinde Brekendorf, Kreis Redburg-Eckernförde, über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 14

Für das Gebiet nördlich der Straße Brekendorfer Moor, westlich der Kreisstraße 52 und östlich der A7

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie nach § 86 der Landesbauordnung Schleswig-Holstein (LBO) und des § 18 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom ... folgende Satzung der Gemeinde Brekendorf über die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 14, für das Gebiet nördlich der Straße Brekendorfer Moor, westlich der Kreisstraße 52 und östlich der A7, bestehend aus der Planzeichnung -Teil A- und dem Text -Teil B-, erlassen.

Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist.

Teil A: Planzeichnung M.: 1:1500



Teil A: Planzeichenerklärung

Es gilt die Baunutzungsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176) geändert worden ist.

Planzeichen	Erläuterung	Rechtsgrundlage	Planzeichen	Erläuterung	Rechtsgrundlage
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 14	§ 9 Abs. 7 BauGB	MHmax 4,00m ü.GOK	Maximal zulässige Höhe von Photovoltaikmodulen über Geländeerbante, z.B. 4,00 m ü. GOK	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB § 16 Abs. 2 + 3, § 18 BauNVO
	Art der baulichen Nutzung Sonstiges Sondergebiet Photovoltaik	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB § 11 BauNVO	MHmin 0,80m ü.GOK	Minimal zulässige Höhe von Photovoltaikmodulen über Geländeerbante, z.B. 0,80 m ü. GOK	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB § 11 BauNVO
BFL 01	Numerierung der Baulflächen, z. B. Baulfläche (BFL) 01		EHmax 2,50m ü.GOK	Maximal zulässige Höhe von Einfriedungen über Geländeerbante, z.B. 2,50 m ü. GOK	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB § 16 Abs. 2 + 3, § 18 BauNVO
GRZ 0,70	Maß der baulichen Nutzung Grundflächenzahl z.B. 0,70	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB § 16 Abs. 2 + 3, § 18 BauNVO		Abgrenzung des Maßes der baulichen Nutzung	§ 16 Abs. 1 BauNVO
GHmax 4,50m ü.GOK	Höhe Baulicher Anlagen als Höchst- und Mindestmaß Maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen über Geländeerbante, z.B. 4,50 m ü. GOK	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB § 16 Abs. 2 + 3, § 18 BauNVO		Baugrenze	§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB § 21 BauNVO
	Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB		Grünflächen (eines private Grünflächen)	§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB
	Oberrisik, hier: 110 kV-Freileitung	§ 9 Abs. 1 Nr. 1 Abs. 6 BauGB		Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Hinweis: Darstellung nur näherungsweise, Leitungsausfall liegt noch vor	§ 9 Abs. 1 Nr. 13 Abs. 6 BauGB		Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Hinweis: Darstellung nur näherungsweise, Leitungsausfall liegt noch vor	§ 9 Abs. 1 Nr. 13 Abs. 6 BauGB		Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Hinweis: Darstellung nur näherungsweise, Leitungsausfall liegt noch vor	§ 9 Abs. 1 Nr. 13 Abs. 6 BauGB		Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Hinweis: Darstellung nur näherungsweise, Leitungsausfall liegt noch vor	§ 9 Abs. 1 Nr. 13 Abs. 6 BauGB		Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB

Planzeichen	Erläuterung	Rechtsgrundlage
	Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft	§ 9 Abs. 1 Nr. 20 + Abs. 6 BauGB
	Zweckbestimmung: Bioto- Pflegefläche	§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
	Maßnahmenfläche mit Nummerierung	§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
	Felddecke, neu anzulegen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Knick, neu anzulegen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Baum, zu erhalten	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Hecke, neu zu pflanzen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Knick, neu zu pflanzen	§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
	Sonstige Planzeichen	
	Mit Geh- und Fahr- und Leitungsrechten zu befallende Fläche zugunsten des Betreibers	§ 9 Abs. 1 Nr. 21 + Abs. 6 BauGB
	Von jeglicher Bebauung freizuhaltende Flächen	§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB
	Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen hier: Flächen für Insekteneinfriedungen (Zäune) und unbefestigte Betriebswege	§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB
	Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen hier: Blendschutz	§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB
	2. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN (§ 9 Abs. 6 BauGB)	
	30 m Waldschuttreifen	§ 24 LWaldG
	Anbauverbotzone: 40 m zu Autobahnen, 20 m zu Landesstraßen, 15 m zu Kreisstraßen	§ 29 StVG
	gesetzlich geschütztes Biotop	§ 30 Abs. 2 BNatSchG
	Knick, zu erhalten	§ 21 LNatSchG § 30 BNatSchG
	Knick, zu erhalten, außerhalb des Geltungsbereichs	§ 21 LNatSchG § 30 BNatSchG
	Felddecke, zu erhalten	§ 21 LNatSchG § 30 BNatSchG
	Felddecke, zu erhalten, außerhalb des Geltungsbereichs	§ 21 LNatSchG § 30 BNatSchG
	3. DARSTELLUNG OHNE NORMCHARAKTER	
	10 m Abstand zu Biotopt	
	Baumschutzbereich: - bei Bäumen mit einem Stammdurchmesser ≤ 0,8 m ist der Schutzbereich = Kronenbereich + 1,5 m - bei Bäumen mit einem Stammdurchmesser > 0,8 m ist der Schutzbereich = Stammumfang x 4, aber mindestens Kronenbereich + 1,5 m	
	EEG Förderklasse	§ 37 Abs. 1 Nr. 2 EEG
	Umgrenzung von Flächen, mit moorigen und stark humosen Böden (siehe Hinweise)	
	Böschung, vorhanden	
	Flurstücksgrenze, vorhanden	
	Flurstücksbezeichnung	
	Flurgenze	
	Maße in Metern	

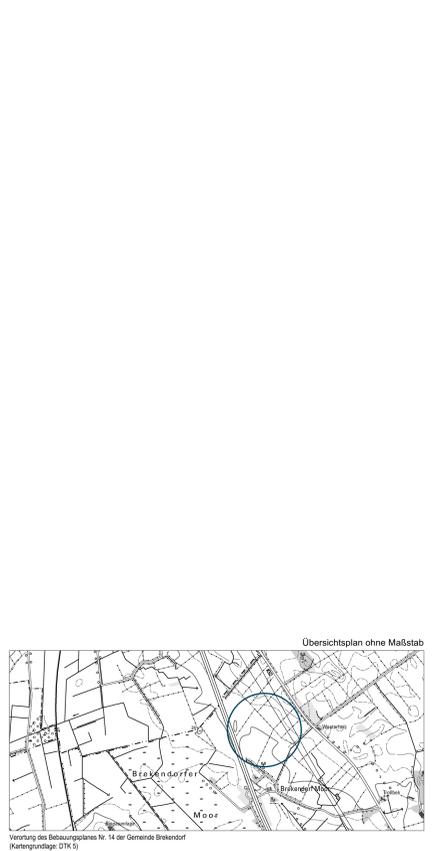
Teil B: Textliche Festsetzungen:

- Zulässigkeit von Vorhaben** (§ 12 Abs. 3a i.V.m. § 9 Abs. 2 BauGB)
Innerhalb des Geltungsbereiches des Vorhaben- und Erschließungsplans sind im Rahmen der festgesetzten Nutzungen nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.
- Art der baulichen Nutzung** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 12 Abs. 3 a BauGB und § 11 BauNVO)
2.1 Innerhalb des festgesetzten Sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung "Photovoltaikanlagen" (SO-) sind Vorhaben zulässig, die der Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen dienen sowie dazu notwendige Nebenanlagen (Wechselrichter, Trafostationen, Kabelleitungen, Übergabestationen, Zuwegungen, Löschwasserkrissen o.ä., Einfriedungen etc.), Umspannwerke, Stromspeicher und Anlagen zur Wasserstoffgewinnung.
2.2 Die Flächen des Sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung "Photovoltaikanlagen" (SO-) sind mit Ausnahme der versiegelten Grundflächen von baulichen Anlagen und der befestigten Erschließungswege durch Selbstsaat zu Extensivgrünland zu entwickeln. Die extensive Bewirtschaftung erfolgt entweder durch Mahd oder durch eine Beweidung mit Schafen.
Bei Mahd: Die Flächen sind jährlich mindestens einmal oder maximal zweimal zu mähen. Das Mähgut ist vollständig abzutransportieren.
Bei Beweidung: Der Tierbesatz darf maximal eine Großvieheinheit (GV) pro Hektar betragen. Eine Großvieheinheit entspricht zehn Schafen.
Eine Düngung der Fläche ist nicht zulässig. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist nicht zulässig.
Das Befahren der Flächen während der Bauphase und zur Bewirtschaftung der Photovoltaikanlagen ist zulässig. Die Verlegung von für den Betrieb der Photovoltaikanlagen erforderlichen Leitungen ist zulässig.
2.3 Vor Beginn der Baumaßnahmen zur Errichtung der Photovoltaikanlagen sowie nach vollständigem Rückbau der Photovoltaikanlagen ist die ordnungsgemäße landwirtschaftliche Nutzung der Flächen des Sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung "Photovoltaikanlagen" (SO-) zulässig.
- Höhe der baulichen Anlagen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 18 Abs. 1 BauNVO und § 2 LBO Schleswig-Holstein)
3.1 Unterer Bezugspunkt der Höhenfestsetzungen ist die gewachsene Geländeerbante. Es ist eine maximale Höhe der Photovoltaikmodule inkl. der Modulhöhe (MHmax) von 4,00 m zulässig. Der Abstand der Photovoltaikmodule über Geländeerbante muss mindestens 80 cm betragen (MHmin).
3.2 Auf den Baulflächen BFL02 und BFL06 ist eine maximale Höhe baulicher Anlagen (GHmax) von 4,50 m zulässig. Auf den Baulflächen BFL01, BFL 03, BFL04, BFL06, BFL07, BFL08 und BFL09 ist eine maximale Höhe baulicher Anlagen (GHmax) von 6,00 m zulässig. Bauliche Anlagen in diesem Sinne sind z.B. Übergabestationen, Umspannwerke, Stromspeicher und Anlagen zur Wasserstoffgewinnung und andere für den Betrieb der Photovoltaikanlagen notwendige Nebenanlagen. Die maximale Höhe baulicher Anlagen (GHmax) darf durch kleinteilige Aufbauten wie Kameras, Signaltechnik, Antennen etc. um maximal 1,00 m überschritten werden.
3.3 Freistehende Masten für Kameras, Kommunikationstechnik o.ä. sind auf den Baulflächen BFL01, BFL03, BFL04, BFL06, BFL07, BFL08 und BFL09 bis zu einer Höhe von 8,00 m zulässig.
- Überbaubare Grundstücksfläche** (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)
Die PV-Module und die sonstigen technischen Anlagen wie Wechselrichter, Trafostationen, Übergabestationen, Löschwasserkrissen o.ä., Umspannwerke, Stromspeicher und Anlagen zur Wasserstoffgewinnung dürfen nur innerhalb der Baugrenzen errichtet werden.
- Einfriedungen** (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 86 LBO Schleswig-Holstein)
Einfriedungen sind im Geltungsbereich nur als Hecke oder durchlässiger Zaun ohne Sockelmauer zulässig. Zäune dürfen eine maximale Höhe von 2,50 m (EHmax) über der gewachsenen Geländeerbante nicht überschreiten. Die maximale Höhe der Einfriedungen (EHmax) darf durch kleinteilige Aufbauten wie Kameras, Signaltechnik, Beschöler etc. um maximal 1,50 m überschritten werden. Bei Zäunen ist über der Geländeerbante ein Freilichtabstand von mindestens 20 cm zu gewährleisten.
- Geh- Fahr- und Leitungsrecht** (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 + Abs. 6 BauGB)
6.1 Zur Erschließung der Photovoltaikanlagen ist dem Betreiber ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht einzuräumen. Auf Flächen ist lediglich ein bodendeckender Bewuchs zulässig. Bäume und Sträucher sind auf diesen Flächen unzulässig.

- Von jeglicher Bebauung freizuhaltende Flächen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)
7.1 Auf den als von jeglicher Bebauung freizuhaltenden Flächen entlang der unterirdischen Leitungen sind Haupt- und Nebenanlagen sowie Bodenabfuhr oder -abtragung unzulässig. Wege sind ausschließlich als wassergebundene Wege oder wiederaufnehmbare Pflaster (Pflasterung in ungebundener Bauweise) zulässig.
7.2 Auf den Flächen ist dem zuständigen Wasser- und Bodenverband ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht einzuräumen.
- Flächen für Nebenanlagen** (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 19 BauNVO)
Auf den gekennzeichneten Flächen für Nebenanlagen sind ausschließlich Einfriedungen (Zaun) zulässig.
- Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft** (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 6 BauGB, § 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)
9.3 **Maßnahmenfläche (Waldabstand):**
Die Fläche M04 ist mit einer autochthonen Saatmischung (Regio-Saat) für Grünland anzuzusien und zu Extensivgrünland zu entwickeln. Die extensive Bewirtschaftung erfolgt entweder durch Mahd oder durch eine Beweidung mit Schafen.
Bei Mahd: Die Flächen sind jährlich mindestens einmal oder maximal zweimal zu mähen, wobei die erste Mahd frühestens ab dem 16.08. eines jeden Jahres zu erfolgen hat. Das Mähgut ist vollständig abzutransportieren.
Bei Beweidung: Der Tierbesatz darf maximal eine Großvieheinheit (GV) pro Hektar betragen. Eine Großvieheinheit entspricht zehn Schafen.
Eine Düngung der Fläche ist nicht zulässig. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist nicht zulässig.
- Maßnahmenflächen (Anlage eines Wissensraumes entlang bestehende Knicks, Feldhecken, Gewässern und Bäume, sowie neu zu pflanzender Feldhecken)**
Die Flächen M01, M02, M03, M05, M06, M07, M08, M09, M10, M11 und M12 sind mit einer autochthonen Saatmischung (Regio-Saat) für Grünland anzuzusien und zu Extensivgrünland zu entwickeln. Die extensive Bewirtschaftung erfolgt entweder durch Mahd oder durch eine Beweidung mit Schafen.
Bei Mahd: Die Flächen sind jährlich mindestens einmal oder maximal zweimal zu mähen, wobei die erste Mahd frühestens ab dem 16.08. eines jeden Jahres zu erfolgen hat. Das Mähgut ist vollständig abzutransportieren.
Bei Beweidung: Der Tierbesatz darf maximal eine Großvieheinheit (GV) pro Hektar betragen. Eine Großvieheinheit entspricht zehn Schafen.
Eine Düngung der Fläche ist nicht zulässig. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist nicht zulässig.
- Bioto- Pflegefläche**
Die Pflegeflächen BFL01 ist mit einer autochthonen Saatmischung (Regio-Saat) für Grünland anzuzusien und zu Extensivgrünland zu entwickeln. Die extensive Bewirtschaftung erfolgt entweder durch Mahd oder durch eine Beweidung mit Schafen.
Bei Mahd: Die Flächen sind jährlich mindestens einmal oder maximal zweimal zu mähen, wobei die erste Mahd frühestens ab dem 16.08. eines jeden Jahres zu erfolgen hat. Das Mähgut ist vollständig abzutransportieren.
Bei Beweidung: Der Tierbesatz darf maximal eine Großvieheinheit (GV) pro Hektar betragen. Eine Großvieheinheit entspricht zehn Schafen.
Eine Düngung der Fläche ist nicht zulässig. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln ist nicht zulässig.
- Knickneupflanzungen:**
Innerhalb der Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung (FAZ01 und FAZ02) sowie der Fläche M01 sind Knicks aus einheimischen, standortgerechten, knicktypischen Gehölzen zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Der Knick ist mit einem 3 m breitem Wallfuß und einer 1 m breiten Wallkante anzulegen. Die Lage und Länge ist der Planzeichnung zu entnehmen. Bei Abgang sind sie durch einheimische, standortgerechte Gehölze zu ersetzen. Neupflanzungen sind für mindestens fünf Jahre vor Verbis durch Wild zu schützen.
- Gründordnung** (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB i.V.m. § 8 BNatSchG und § 1 BauGB)
10.3 **Grünflächen**
Auf den Grünflächen ist lediglich ein bodendeckender Bewuchs zulässig. Bäume und Sträucher sind auf diesen Flächen unzulässig.
10.4 **Erhalt von Bäumen**
Die innerhalb des Geltungsbereichs vorhandenen Bäume sind dauerhaft zu erhalten. Bei Abgang sind einheimische, standortgerechte Bäume nachzupflanzen.
10.5 **Erhalt von Knicks und Feldhecken**
Der gemäß § 21 Abs. 1 LNatSchG geschützte Knickbestand ist in seiner dargestellten Länge vollständig zu erhalten und vor Störungen zu bewahren. Feldhecken sind Knicks gleichgestellt. Die Knicks sind in einem Rhythmus von 10 bis 15 Jahren auf den Stock zu setzen. Eine gärtnerische Pflege der Knicks sowie Beeinträchtigungen des Knickwalles und der Knickgehölze sind nicht zulässig. Bei Abgang einzelner Gehölze sind Ersatzpflanzungen vorzunehmen. Hierbei sind einheimische, standortgerechte Gehölze zu verwenden.
- Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen (Blendschutz)** (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)
Entlang der nordwestlichen und Teilen der südwestlichen Geltungsbereichsgrenze ist die Zaunanlage mit Sichtschutzelementen in einer Höhe von 0,5 m über der Geländeerbante bis 3,00 m über der Geländeerbante auszustatten.
Hinweise:
A. **Hinweise zum Denkmalschutz**
Wer Kulturdenkmale entdeckt, hat dies unverzüglich unmittelbar der oberen Denkmalschutzbehörde mitzuteilen. Die Verpflichtung besteht ferner für die Eigentümerin oder den Eigentümer und die Besitzerin oder den Besitzer des Grundstücks oder des Gewässers, auf oder in dem der Fundort liegt, und für die Leiterin oder den Leiter der Arbeiten, die zur Entdeckung oder zu dem Fund geführt haben. Das Kulturdenkmal und die Fundstätte sind bis zum Eintreffen eines Vertreters der oberen Denkmalschutzbehörde in einem unveränderten Zustand zu erhalten (siehe § 15 Denkmalschutzgesetz). Archäologische Kulturdenkmale sind nicht nur Funde, sondern auch dingliche Zeugnisse wie Veränderungen und Verformungen in der natürlichen Bodenschichten.
B. **Hinweise zu Altlasten**
Sollten während der Bauarbeiten optisch und organoleptisch auffällige Bodenbereiche entdeckt werden, ist die untere Bodenschutzbehörde des Kreises Redburg-Eckernförde umgehend in Kenntnis zu setzen und die zu ergreifenden Maßnahmen abzustimmen und durchzuführen.
C. **Hinweise zu Kampfmitteln**
Gemäß der Anlage zur Landesverordnung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung) vom 07.05.2012 gehört die Gemeinde Brekendorf nicht zu den Gemeinden, die durch Bombenabwürfe im 2. Weltkrieg in besonderer Weise betroffen waren. Zufallsfunde von Munition sind jedoch nicht gänzlich auszuschließen. Sie sind unverzüglich der Polizei zu melden. Aufgrund der Gefahr, die von der Munition ausgehen kann, darf sie nicht bewegt oder aufgefunden werden. Der Fundort ist bis zum Eintreffen der Polizei zu sichern.
D. **Hinweis zum Grundwassererschutz**
Die Reinigung der Solarmodule darf nur mit Wasser ohne Zusätze erfolgen. Sollten Zusatzmittel oder andere Reinigungsverfahren eingesetzt werden, sind diese Mittel aufzunehmen und fachgerecht zu beseitigen.
E. **Hinweise zum Bodenschutz**
Gemäß der Anlage zur Landesverordnung zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung) vom 07.05.2012 gehört die Gemeinde Brekendorf nicht zu den Gemeinden, die durch Bombenabwürfe im 2. Weltkrieg in besonderer Weise betroffen waren. Zufallsfunde von Munition sind jedoch nicht gänzlich auszuschließen. Sie sind unverzüglich der Polizei zu melden. Aufgrund der Gefahr, die von der Munition ausgehen kann, darf sie nicht bewegt oder aufgefunden werden. Der Fundort ist bis zum Eintreffen der Polizei zu sichern.

Verfahrensvermerke:

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom ... Die öffentliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte durch Aushang an den Bekanntmachungsstellen vom ... bis ...
 - Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 Satz 1 BauGB wurde nach Bekanntmachung im amtlichen Bekanntmachungsblatt Nr. .../20 vom ... durch Aushang vom ... bis ... während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr durchgeführt.
 - Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gemäß § 4 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 1 BauGB am ... unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
 - Die Gemeindevertretung hat am ... den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. ... und die Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
 - Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. ... bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom ... bis ... während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung wurde dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von allen Interessierten schriftlich oder zur Niederschrift abgegeben werden können, in der Zeit vom ... bis ... durch Aushang öffentlich bekannt gemacht. Der Inhalt der Bekanntmachung der Auslegung der Planentwürfe und die nach § 3 Absatz 2 BauGB auszuliegenden Unterlagen wurden unter www... der ins Internet eingestellt.
 - Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt sein können, wurden gem. § 4 Abs. 2 BauGB am ... zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.
- Es wird bescheinigt, dass alle im Liegenschaftskataster nachgewiesenen Flurstücksgrenzen und -bezeichnungen sowie Gebäude in den Planunterlagen erhalten und maßstabsgerecht dargestellt sind.
- Die Gemeindevertretung hat die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange am ... geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.
- Die Gemeindevertretung hat den Bebauungsplan Nr. ... bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) am ... als Satzung beschlossen und die Begründung durch (einfachen) Beschluss gebilligt.
- Die Begründungsansetzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgestellt und ist bekannt zu machen.



Satzung der Gemeinde Brekendorf, Kreis Redburg-Eckernförde, über den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 14

Für das Gebiet nördlich der Straße Brekendorfer Moor, westlich der Kreisstraße 52 und östlich der A7.